

# NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	<b>Gemeinde Bad Zwischenahn</b>		
Gremium	<b>Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr</b>		
Sitzung am:	<b>Montag, 13.02.2012</b>		
Sitzungsort:	<b>Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5</b>		
Sitzungsbeginn:	<b>17:00 Uhr</b>	Sitzungsende:	<b>19:25 Uhr</b>

## TEILNEHMERVERZEICHNIS

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr Dr. Frank Martin CDU

#### **Ausschussmitglieder**

Herr Diethard Dehnert UWG  
Herr Jochen Finke CDU  
Herr Ralf Haake CDU  
Herr Georg Köster GRÜNE  
Herr Wolfgang Mickelat SPD  
Herr Helmut Ohlert SPD  
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD  
Herr Dr. Horst-Herbert Witt FDP

für Herrn Janßen, bis 18.15 Uhr (TOP 6)

#### **Verwaltung**

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling  
Herr Carsten Meyer  
Herr Wilfried Fischer  
Herr Rolf Oeljeschläger  
Herr Martin Wichelmann  
Frau Helga Buß

Protokollführerin

**Tagesordnung:**

**Seite:**

**Öffentlicher Teil**

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	3
2.	Genehmigung der Niederschrift vom 19.12.2011 (Protokoll Nr. 7)	3
3.	Bericht der Verwaltung	3
3.1.	Neuvergabe der Strom- und Gaskonzessionsverträge in den Gemeindegebieten	3
3.2.	Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen	4
3.3.	Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben	4
3.4.	Bericht über Stundungen und Niederschlagungen	4
3.5.	Eröffnungsbilanz	4
3.6.	Bildung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2011	5
3.7.	Prüfung durch den Landesrechnungshof	5
4.	Antrag der UWG-Fraktion vom 07.12.2011 hier: zeitnahe Umsetzung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und insbesondere der Gewerbetreibenden mit breitbandigem Internet Vorlage: BV/2012/019	5
5.	Umbenennung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2012 Vorlage: BV/2012/017	6
6.	Haushalt 2012 hier: Änderungen zum bisherigen Haushaltsentwurf Vorlage: BV/2012/018	6
7.	Anfragen und Hinweise	8
7.1.	Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt Oldenburg	8
7.2.	Tourismus/Wirtschaftsförderung	8
8.	Einwohnerfragestunde	8

## Öffentlicher Teil

### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

AV Dr. Martin eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

### **2 Genehmigung der Niederschrift vom 19.12.2011 (Protokoll Nr. 7)**

Die Niederschrift über die Sitzung des WuFF vom 19.12.2011 (Protokoll Nr. 7) wird einstimmig genehmigt.

- 10 -

### **3 Bericht der Verwaltung**

#### **3.1 Neuvergabe der Strom- und Gaskonzessionsverträge in den Gemeindegebieten**

Insgesamt werden die Gemeinden Apen, Bad Zwischenahn, Edewecht, Wiefelstede und die Stadt Westerstede gemeinsam ihre Strom- und Gaskonzessionsverträge ausschreiben. Ein Abstimmungsgespräch hat stattgefunden.

Das beauftragte Büro RA Bethge, Reimann, Stari (BRS) macht die rechtliche Begleitung und übernimmt für die Gemeinden die Funktion der organisatorischen Vergabestelle und steht somit auch beratend zur Verfügung. Das Verfahren ist nach den bisherigen Beschlüssen konzipiert.

Um die Vergabe noch in diesem Jahr abschließen zu können, wurde eine „straffe Zeitschiene“ verabredet. Gestartet wird noch im Februar mit der Bekanntmachung des Vergabeverfahrens.

FBL Oeljeschläger ergänzt, dass Grundlage für die Ausschreibung der Ende 2010 beschlossene Musterkonzessionsvertrag sei. Nebenangebote seien zulässig.

- 1 -

#### **3.2 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen**

Auf Anfrage des stv. AM Dr. Witt antwortet AL Wichelmann, dass die Gesamtlaufzeit des umgeschuldeten KfW-Darlehens 28 Jahre beträgt.

- 20 -

### **3.3 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben**

In der neuen Hauptsatzung ist geregelt, dass der Bürgermeister für über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10.000 € zuständig ist. Bisher lagen die Wertgrenzen bei 5.000 € für überplanmäßige und 2.500 € für außerplanmäßige Ausgaben. Künftig soll über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben berichtet werden, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, aber die früheren Wertgrenzen überschreiten. Wir werden in jeder WuFF-Sitzung hierzu berichten.

Seit dem Ratsbeschluss hat es noch keine entsprechenden über- oder außerplanmäßigen Ausgaben gegeben.

- 20 -

### **3.4 Bericht über Stundungen und Niederschlagungen**

Über Stundungen und die Niederschlagung von Forderungen entscheidet der Bürgermeister. Der Verwaltungsausschuss ist zu informieren bei Forderungen, die den Wert von 10.000 € überschreiten. Die Verwaltung wird in jeder WuFF-Sitzung hierzu berichten.

Seit dem Ratsbeschluss hat es noch keine entsprechenden Stundungen oder Niederschlagungen gegeben.

- 20 -

### **3.5 Eröffnungsbilanz**

Teile der Bilanz sind bereits vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden. Dabei hat sich ein umfangreicher Überarbeitungsbedarf ergeben. Diese Überarbeitung ist noch nicht komplett abgeschlossen, so dass noch Änderungen erfolgen werden. Die weitere Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt wird voraussichtlich noch weiteren Änderungsbedarf ergeben. Die noch ausstehenden Änderungen dürften aber das Gesamtbild der Bilanz nur noch unwesentlich berühren.

- 20 -

### **3.6 Bildung von Haushaltsresten aus dem Jahr 2011**

Im Rahmen der Jahresrechnung ist festzustellen, welche Haushaltseinnahme- und -ausgabereste gem. § 20 GemHKVO gebildet und in das Jahr 2012 übertragen werden. Die Jahresabschlussarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Um über die Mittel verfügen zu können, wurden jedoch bereits einige Haushaltsausgabereste gebildet.

Eine Bildung von Haushaltsresten kommt nur dann in Frage, wenn die Finanzierung aus dem Haushaltsjahr 2011 möglich ist. Neben der Finanzierbarkeit muss die Bildung auch sinnvoll sein. Neben den budgetierten Bereichen sind dies in erster Linie bereits begonnene Investitionsmaßnahmen, die sonst neu veranschlagt werden müssten.

Finanziert werden Haushaltsreste über zur Verfügung stehende Einnahmereste und über den im Haushaltsvollzug eingetretenen Einnahmeüberschuss.

Im Finanzhaushalt wurden Haushaltsausgabereste in Höhe von 1.119.007,66 € gebildet. Im Ergebnishaushalt wurden zunächst noch keine Haushaltsreste gebildet.

- 20 -

### **3.7 Prüfung durch den Landesrechnungshof**

AL Wichelmann berichtet, dass sich der Landesrechnungshof zu einer überörtlichen Prüfung angemeldet hat. Die Prüfung wird von zwei Personen durchgeführt und etwa 14 Tage dauern. Es soll die finanzielle Situation der Gemeinde beleuchtet werden.

Diese Prüfung durch den Landesrechnungshof erfolgt auch in den anderen Gemeinden und der Stadt Westerstede im Landkreis Ammerland.

- 20 -

### **4 Antrag der UWG-Fraktion vom 07.12.2011 hier: zeitnahe Umsetzung einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und insbesondere der Gewerbetreibenden mit breitbandigem Internet Vorlage: BV/2012/019**

AM Dehnert macht deutlich, dass es in dem Antrag der UWG-Fraktion in erster Linie um die konkrete Benennung eines Ansprechpartners in der Gemeindeverwaltung für den Breitbandausbau in Bad Zwischenahn gehe. Er wünsche sich mehr Engagement in der Verwaltung.

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage und zählt die zahlreichen Aktivitäten der Verwaltung in Sachen Breitbandausbau auf. Ansprechpartner sei das Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften. Er verweist zudem auf das in der Sitzung verteilte Anschreiben der EWE Energie AG.

Ferner sei es keine klassische Aufgabe der Gemeinde, Defizite der privaten Versorger auszugleichen. Dies sei personalintensiv und auch mit zusätzlichen Haushaltsmitteln verbunden.

Auf Anfrage des AM Köster erwidert FBL Oeljeschläger, dass eine schnelle Internetversorgung über Funknetze für Bad Zwischenahn keine Daueralternative sei.

AM Dehnert appelliert, dass die Verwaltung auch weiterhin „am Ball bleibe“.

- 23/80 -

**5** **Umbenennung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr**  
**hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2012**  
**Vorlage: BV/2012/017**

AV Dr. Martin erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Beantragt worden sei eine Umbenennung des WuFF in „Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus“. Man könne sich jedoch auch mit dem Verwaltungsvorschlag „Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus“ anfreunden.

AM Dehnert, AM Köster und stv. AM Dr. Witt unterstützen die Ausführungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr wird umbenannt in „Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus“.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig.**

- 10, 20 -

**6** **Haushalt 2012**  
**hier: Änderungen zum bisherigen Haushaltsentwurf**  
**Vorlage: BV/2012/018**

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage.

Teilhaushalt 10 – Innerer Service

Auf Anfrage des stv. AM Dr. Witt erklärt AL Wichelmann, dass sich der Anstieg bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen von 2012 nach 2013 in erster Linie aus den Schlüsselzuweisungen ergibt.

Teilhaushalt 40 – Bildung, Familie, Kultur und Sport

AM Haake weist darauf hin, dass der für das Schulzentrum geplante Traktor von vier Schulhausmeistern genutzt werden soll. Er bittet darum, dass einem Hausmeister die volle Verantwortung für die Pflege des Fahrzeugs übertragen wird.

Teilhaushalt 50 – Arbeit und Soziales

AM Mickelat fragt, ob die Mindereinnahme bei der Leistungsbeteiligung des Bundes von 85.000 € personelle Auswirkungen habe. FBL Fischer antwortet, dass der Landkreis und die kreisangehörigen Kommunen derzeit über den Fallzahlenschlüssel diskutieren. Eine abschließende Regelung gebe es noch nicht. Evtl. werde es künftig auch eine pauschalierte Zahlung geben. Man gehe jedoch davon aus, dass es keine personellen Konsequenzen in unserer Gemeinde geben wird.

Teilhaushalt 65 – Gebäudemanagement

FBL Fischer weist darauf hin, dass die Bezeichnung „Tartanbahn/Flutlicht Stadion“ sich auf die Gesamtmaßnahme beziehe. Die Sanierung der Tartanbahn sei bereits erfolgt. In 2013 plane man die Erneuerung der Flutlichtanlage. In 2012 soll für die Einsehbarkeit eine mobile Bandennutzung geschaffen werden. Zudem ist eine Beordnung des Eingangsbereiches geplant.

### Teilhaushalt 66 – Tiefbau und Grünflächen

FBL Meyer teilt mit, dass die Erschließung des BP 140 „Südl. Vor dem Moor“ von 2012 nach 2013 verschoben werden soll. Es seien dort bisher lediglich 1/3 der Flächen bebaut. Um durch Baufahrzeuge die neue Straße nicht gleich in Mitleidenschaft zu ziehen, wolle man diese erst ein Jahr später ausbauen. Der Eigentümer habe der Verschiebung zugestimmt. Es werde daher vorgeschlagen, in 2012 lediglich 50.000 € und in 2013 400.000 € einzuplanen. Es sei jedoch für 2013 die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung notwendig.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

AM Mickelat ist der Meinung, dass gestalterisch ein Kreisverkehr einer neuen Ampelanlage an der Kreuzung Rostrup unbedingt vorzuziehen sei. FBL Meyer verweist hierzu auf die umfangreiche Kenntnisnahme in einer der letzten Verwaltungsausschusssitzungen und macht nochmals auf die Verkehrssicherheit in unmittelbarer Nähe zur Grundschule Rostrup aufmerksam, die an diesem Standort durch eine neue Ampelanlage deutlicher gegeben sei als durch einen Kreisel.

### Teilhaushalt 68 – Baubetriebshof

AM Haake stellt im Namen der CDU-Fraktion den **Antrag**, die für die Errichtung einer Pultdachhalle eingeplanten Mittel in Höhe von 80.000 € zu streichen. Der Bedarf an Überdachungen könne durch eine Umorganisation gedeckt werden. Notfalls könne man in der näheren Umgebung Hallenflächen anmieten.

FBL Meyer weist darauf hin, dass bei Streichung der Mittel diverse Fahrzeuge weiterhin der Witterung ausgesetzt seien und auch Unterbringungsprobleme für Materialien durch den beabsichtigten Verkauf der Sanofihalle sich ergeben werden.

#### **Beschluss:**

Der WuFF beschließt aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion einstimmig, die für die Errichtung einer Pultdachhalle eingeplanten Mittel in Höhe von 80.000 € zu streichen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haushalt inkl. Haushaltssatzung 2012 sowie das Investitionsprogramm 2012 bis 2015 werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig.**

- I/II/III -

## **7 Anfragen und Hinweise**

### **7.1 Unterbringung von Asylbewerbern in der Stadt Oldenburg**

AM Finke sagt, dass die Stadt Oldenburg die ihr zugewiesene Anzahl von Asylbewerbern nicht unterbringen könne und daher einen Antrag beim Land stellen wird, die Quote zu verringern. Er befürchtet, dass dadurch die Quote der Umlandgemeinden erhöht werden könnte.

FBL Fischer ist die Situation bei der Stadt Oldenburg bekannt. Sollte dem Antrag der Stadt stattgegeben werden, würden die überzähligen Asylbewerber auf alle niedersächsischen Gemeinden, nicht nur auf die umliegenden, verteilt werden.

- II -

## 7.2 Tourismus/Wirtschaftsförderung

AM Mickelat ist der Meinung, dass sich der WuFF fast ausschließlich mit den Finanzen beschäftige. Er stellt den **Antrag**, dass sich der WuFF auch verstärkt mit dem Tourismus und der Wirtschaftsförderung befassen solle und die Tagesordnungspunkte „Strategische Ausrichtung des Tourismus“ und „Wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere Wirtschaftsförderung“ Themen in der nächsten Sitzung sein sollen.

- I -

## 8 Einwohnerfragestunde

keine

AV Dr. Martin schließt die Sitzung.

Dr. Martin  
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger  
Fachbereichsleiter

Buß  
Protokollführerin